

ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

No. 20 / Juli 2011

- 2 AWEPA Sitzung im Zeichen wirksamer Entwicklungszusammenarbeit
- 5 MPs in the SADC Region Prepare for the 4th High Level Forum on Aid Effectiveness (HLF)
Gastbeitrag von Alizia Kamani und Kristen Heim, AWEPA International
- 6 „Auf dem Weg nach Busan 2011“ – Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit aus frauenrechtlicher Perspektive
Gastbeitrag von Silvia Kukla, CARE Österreich, und Brita Neuhold, WIDE (Women in Development Europe)
Netzwerk Österreich
- 7 Tätigkeitsbericht der Parlamentarischen Fraktion der MDM (Movimento Democrático de Moçambique)
für die III Sitzungsperiode der Nationalversammlung Mosambiks (9. März bis 20. Mai 2011)
Beitrag von Lutero Simango, Vorsitzender der Fraktion
- 9 Buchtipps und Rezensionen
- 10 FAIRTRADE® Frühstück und Ausstellung im Parlament
- 12 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Der Weg nach Busan – es liegt auch in der Verantwortung der Parlamente, ob die geleistete Hilfe wirksam bei den Menschen ankommt.

Editorial



**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

Österreich hat als reiches Land eine große Verantwortung gegenüber Entwicklungsländern. Unsere politischen Entscheidungen wirken sich maßgeblich auf die individuellen Lebensbedingungen und Perspektiven der Menschen in den Ländern aus, die wirtschaftlich, sozial und klimatisch benachteiligt sind. Wichtige Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit sind die Kohärenz der Politik, die Stärkung der Demokratie sowie das Empowerment von Frauen in den Ländern des Südens. Um die „Idee der gerechten Welt“ umzusetzen, müssen starke Bündnispartner gefunden und mehr Bewusstsein in der Bevölkerung für diese wichtigen Themen geschaffen werden. AWEPA (European Parliamentarians with Africa) ist einer dieser Partner, der bereits seit mehr als 25 Jahren diese Ziele verfolgt. Als Vorsitzende der AWEPA Sektion im österreichischen Parlament freue ich mich sehr, dass wir im Rahmen des parlamentarischen Nord-Süd Dialog Projektes sowohl im österreichischen Parlament als auch im inter-parlamentarischen Dialog mit der Nationalversammlung in Mosambik verschiedene Themen und Aspekte der Entwicklungspolitik kontinuierlich in ihrer Wichtigkeit unterstreichen. Der vorliegende Newsletter informiert Sie u. a. über die Aktivitäten der AWEPA Sektion Österreich, AWEPA International sowie der BetterAid Koordinationsgruppe im Hinblick auf das 4. Hochrangige Forum zu Aid Effectiveness, das Ende November in Busan stattfinden wird. All diese Bemühungen unterstreichen eindrücklich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung im Sinne einer effektiven Entwicklungszusammenarbeit.

Ihre
NR Petra Bayr

AWEPA Sitzung im Zeichen wirksamer Entwicklungszusammenarbeit

Mitglieder der AWEPA Sektion Österreich diskutierten mit VertreterInnen von Außenministerium und Zivilgesellschaft in Vorbereitung auf das 4. High Level Forum in Busan

Von 29. November bis 1. Dezember 2011 wird in Busan/Südkorea das 4. High Level Forum on Aid Effectiveness (HLF) der OECD stattfinden. Die Konferenz stellt einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer erhöhten Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit dar, der 2002 von den Mitgliedern der Vereinten Nationen im Rahmen des Monterrey Consensus eingeschlagen wurde. **Damit die im Jahr 2000 vereinbarten UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) bis 2015 erreicht werden können, wurde in Monterrey eine qualitative Verbesserung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit vereinbart.**

Im Rahmen des OECD-Entwicklungsausschuss wurde daraufhin eine eigene thematische Arbeitsgruppe eingerichtet, die Working Party on Aid Effectiveness (WP-EFF), die bereits 2003 das 1. HLF in Rom organisierte, in dessen Rahmen erste Prinzipien und Verpflichtungen definiert wurden.

Das Abschlussdokument des 2. HLF in Paris sollte 2005 einen Meilenstein für die internationale EZA-Architektur darstellen. **Die Erklärung von Paris wurde bis heute von mehr als 100 Staaten unterzeichnet und enthält 56 Partnerschaftsverpflichtungen basierend auf fünf Prinzipien:**

- Eigenverantwortung
- Partnerausrichtung
- Harmonisierung

- **Ergebnisorientiertes Management**
- **Gegenseitige Rechenschaftspflicht**

Indem der Fokus auf den Aspekten Eigenverantwortung der Partnerländer sowie Ausrichtung an deren Strukturen, Strategien und Systemen liegt, wurde die Zusammenarbeit zwischen Gebern und Partnerländern mit der Erklärung von Paris auf eine neue Ebene gehoben. Im Vorfeld des 3. HLF 2008 in Accra/Ghana wurde von ParlamentarierInnen im Norden und Süden die inadäquate Einbeziehung der Parlamente in die Pariser Erklärung gleichermaßen kritisiert. Die AWEPA Delegation konnte jedoch maßgeblich dazu beitragen, dass **Parlamenten im Abschlussdokument des 3. HLF, dem Aktionsplan von Accra, wesentlich mehr Bedeutung im Bereich der Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht zukommt.**

Ausgehend von der Pariser Erklärung und dem Aktionsplan von Accra soll das 4. HLF in Busan mit einer ebenso bedeutenden Erklärung schließen. Hierbei soll der Vielfalt neuer Entwicklungsakteure, wie den neuen Gebern (Brasilien, China, etc.), Privatsektorinitiativen oder Süd-Süd Kooperationspartnern, Rechnung getragen werden.

Auf Basis mehrerer Evaluierungs- und Monitoringberichte soll in Busan eine Bilanz über die Erfolge bei der Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gezogen werden.

Darauf aufbauend soll das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Erreichung der MDGs bis zum Jahr 2015 festgelegt werden. Ein erster Entwurf des Abschlussdokuments wurde bereits von der WP-EFF präsentiert und ist auf der eigens eingerichteten Website (www.busanhlf4.org) abrufbar. Eine österreichische Delegation wird ebenfalls in Busan vertreten sein.

In diesem Zusammenhang fand am 14. Juni 2011 im österreichischen Parlament eine **Sitzung der österreichischen AWEPA Sektion** statt, an der hochrangige VertreterInnen des BMeiA sowie des Dachverbands entwicklungspolitischer NGOs, der AG Globale Verantwortung, teilnahmen. Die anwesenden AWEPA Mitglieder hatten die Möglichkeit sich über den aktuellen Stand der Diskussion sowie über die österreichische Position für das 4. HLF in Busan auszutauschen und das weitere Vorgehen zu diskutieren.

AWEPA Vorsitzende Petra Bayr eröffnete die Gesprächsrunde und betonte, dass AWEPA eine hervorragende **politische Plattform** darstelle, da sich die aktuelle Diskussion auf einer sehr technokratischen Ebene abspielt. Die Leiterin der Sektion VII im BMeiA, **Botschafterin Irene Freudenschuss-Reichl**, sowie die österreichische OECD-Delegierte in der WP-EFF, **Anita Weiss-Gänger**, bestätigten den technokratischen Charakter, der mit der Steigerung der Wirksamkeit



Der derzeitige irische Minister für Staatsausgaben und Reformen, Brendan Howlin, führte 2008 für AWEPA die parlamentarische Delegation in Accra an.

Foto: HBF / Icha und Aigner

der Entwicklungszusammenarbeit einhergeht. Das Abschlussdokument von Busan solle daher in eine bewusst politisch verfasste Sprache gebracht werden.

Für die anwesenden AWEPA-Mitglieder standen inhaltlich besonders Fragen bezüglich **demokratiepolitischer Maßstäbe** bei der Messung von Effektivität

Für die anwesenden AWEPA-Mitglieder standen inhaltlich besonders Fragen bezüglich **demokratiepolitischer Maßstäbe** bei der Messung von Effektivität

Für die anwesenden AWEPA-Mitglieder standen inhaltlich besonders Fragen bezüglich **demokratiepolitischer Maßstäbe** bei der Messung von Effektivität

MEILENSTEINE AUF DEM WEG NACH BUSAN –

Konferenzen und Hochrangige Foren für eine effektivere Entwicklungszusammenarbeit

2000	2002	2003	2005	2008	2011
UN-MILLENNIUMS-ENTWICKLUNGSZIELE (MDGS) UN	MONTERREY CONSENSUS UN	ROME DECLARATION ON HARMONISATION (HLF-1) WORKING PARTY ON AID EFFECTIVENESS DER OECD	PARIS DECLARATION ON AID EFFECTIVENESS (HLF-2) WORKING PARTY ON AID EFFECTIVENESS DER OECD	ACCRA AGENDA FOR ACTION (HLF-3) WORKING PARTY ON AID EFFECTIVENESS DER OECD	4. HIGH LEVEL FORUM ON AID EFFECTIVENESS IN BUSAN/SÜDKOREA (HLF-4) WORKING PARTY ON AID EFFECTIVENESS DER OECD
Festlegung von 8 Entwicklungszielen für 2015	Vereinbarung über quantitative Erhöhung und qualitative Verbesserung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit	Definition erster Prinzipien und Verpflichtungen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit	Festlegung von 56 Partnerschaftsverpflichtungen für Geber und Partnerländer basierend auf den 5 Prinzipien Eigenverantwortung, Partnerausrichtung, Harmonisierung, Ergebnisorientiertes Management und gegenseitige Rechenschaftspflicht.	Bekräftigung der Pariser Prinzipien; Stärkung der Rolle von Parlamenten in der Accra Agenda for Action	Bilanz über bisherige Erfolge und Festlegung des weiteren Vorgehens (www.busanhlf4.org)

im Vordergrund. Von Seiten des BMeiA wurde betont, dass Demokratie vielfältig sei und auf das in der Pariser Erklärung verankerte Prinzip der Eigenverantwortung der Partnerländer verwiesen. Es müsse sichergestellt werden, dass der nationale Entwicklungspfad möglichst inklusiv, demokratisch und partizipativ definiert wird. Die **politische Kohärenz im Interesse der Entwicklung** stellte einen weiteren Diskussionspunkt dar, wobei das BMeiA auf eine eigens dafür eingerichtete interministerielle Arbeitsgruppe verwies, die sich auch mit der Busan Agenda befasst. Hierbei wurde von Seiten der AWEPA Sektion die Funktionsfähigkeit dieser Arbeitsgruppe bemängelt. In den einzelnen Ministerien würden die Auswirkungen inkohärenter politischer Maßnahmen auf entwicklungspolitische Zielsetzungen nicht ausreichend wahrgenommen.

Melanie Oßberger von der AG Globale Verantwortung, dem österreichischen Dachverband entwicklungspolitischer NGOs, hob hervor, dass aus zivilgesellschaftlicher Sicht besonders wichtig erscheint, dass politische und finanzielle Rahmenbedingungen in den Partnerländern geschaffen werden, die es der Zivilgesellschaft überhaupt ermöglichen an Entscheidungsprozessen zu partizipieren. Stärkung demokratischer Strukturen, mehr Transparenz und die Einhaltung der Menschenrechte stehen dabei im Vordergrund.

Auch von parlamentarischer Seite bestehen konkrete Forderungen, die einen Einfluss auf das Abschlussdokument in Busan haben sollen. Die österreichische AWEPA Sektion orientiert sich hierbei an den *Legislative Principles for Development Effectiveness*, die von AWEPA gemeinsam mit der Interparlamentarischen Union, dem Parlamentarischen Netzwerk der Weltbank und dem Netzwerk afrikanischer ParlamentarierInnen ausformuliert wurden. (siehe Kasten)

Abschließend wurde von Seiten des BMeiA bekräftigt, dass man Vorschläge für das Abschlussdokument in Busan gerne entgegennimmt und sich freue, die Diskussion auf politischer Ebene gemeinsam weiterzuführen.

AWEPA's Legislative Principles for Development¹: (Vorschläge von AWEPA zur Einbindung von Parlamenten in die wirksame Entwicklungszusammenarbeit)

1. Legislative Organe als Schlüsselakteure für eine wirksame EZA

Es soll anerkannt werden, dass eine Erhöhung der Wirksamkeit der EZA nur mit Hilfe ausreichender parlamentarischer Kontrolle der Entwicklungsausgaben möglich ist.

2. Beitrag der Legislative zur Eigenverantwortung in den Partnerländern

Parlamente vertreten die Interessen ihrer Bevölkerung. Daher sollen Abgeordnete (auch der Opposition) systematisch in den politischen Dialog mit nationalen und internationalen Institutionen eingebunden werden.

3. Rolle legislativer Organe bei der Rechenschaftspflicht

(Partner)parlamente sollen zum Angelpunkt gegenseitiger Rechenschaftspflicht werden und mit allen Stakeholdern (Exekutive, Regionalparlamente, Zivilgesellschaft und Donoren) entsprechend interagieren.

4. Stärkung der Kapazitäten und rechtlichen Kontrollmöglichkeiten der Legislative

Die Geberländer sind aufgefordert durch entsprechende Unterstützung und Kooperation legislative Kapazitäten in den Partnerländern zu stärken.

5. Modalitäten, Transparenz und Budgetprozess

Um eine umfassenden Budgetkontrolle durch die Partnerparlamente zu gewährleisten sollen alle Hilfeleistungen über den öffentlichen Haushalt der Partnerländer abgewickelt werden. Dafür sollen die Parlamente mit umfassenden Kontrollrechten ausgestattet werden und Modalitäten von den Gebern gewählt werden, die eine Kontrolle ermöglichen.

6. Indikatoren

Legislative Kapazitäten und Leistungen der Partnerländer sollen als Indikator für wirksame EZA aufgenommen werden.

¹ Übersetzung und Zusammenfassung durch die Redaktion

MPs in the SADC Region Prepare for the 4th High Level Forum on Aid Effectiveness (HLF)

Gastbeitrag von Alizia Kamani und Kristen Heim, AWEPA International

Parliaments are charged with debating and approving national development plans and budgets and with monitoring and holding government to account for the delivery of development results. Despite this fact, legislative institutions tend to be sidelined from the aid reform and delivery process by both donors and their executives alike. The most significant innovation toward aid and development effectiveness in the context of the aid reform process currently underway by the OECD, the World Bank, the UN and others, should be the use of the legislative branch of government to ensure domestic accountability as part of a system of governance which includes clear separation of powers.

From 3-5 May, AWEPA joined forces with the National Assembly of Mozambique, and the SADC Parliamentary Forum in order to hold the regional seminar “Parliamentary Engagement in Assuring Aid Supports Development: A Focus on Evidence” in Maputo, Mozambique. The Seminar was made possible through support from the Austrian Development Agency and is part of AWEPA’s Aid Effectiveness Programme which, inter alia, supports and monitors

the involvement of parliaments and parliamentarians in Africa in the aid reform process.

The workshops served as a stock-taking exercise for MPs in the region who are concerned about development in their countries and who have been largely excluded from discussions related to the OECD-led aid reform process which began to gain momentum at the turn of the millennium. The declarations of Paris (2005) and Accra (2008) were discussed with an eye as to how MPs across Africa, and specifically MPs in the SADC region, should position themselves within this context.

The focus of the seminar remained on the compilation of evidence relating to parliamentary action in making aid and development more effective in their respective countries. Parliamentarians from Ghana shared the work they have been doing on public hearings related to aid projects, Zambia told its story of the NGO registration act of 2009 which has been helpful in harmonising development efforts in that country. Mozambique discussed the example of CSO cooperation in its national and

provincial parliaments and how indispensable, if challenging, such coordination is.

Rich from this exchange of experiences and an enhanced knowledge of parliamentary actions across the region, participants worked together to consolidate parliamentary inputs on **Legislative Principles for Development Effectiveness**. The fourth endorsement of its kind, after IPU, the PNoWB and the ACP-EU Joint Parliamentary Assembly, the Legislative Principles document will serve as a basis for inputs related to the critical role of parliament in matters of aid and development effectiveness for use in the final document to emerge from the Fourth High Level Forum on Aid Effectiveness.

The seminar was attended by 77 delegates, including parliamentarians from the SADC member States, representatives of regional parliamentary bodies, the Pan African Parliament, other national parliaments in Africa, representatives from the OECD, European parliamentarians, and representatives of CSOs.



Abb. v. l. n. r.

Die Repräsentantin der Austrian Development Agency ADA in Maputo, Botschaftsrätin Eva Kohl (ganz links), bei der Eröffnung der Konferenz.

Abgeordnete aller im mosambikanischen Parlament vertretenen Parteien.

Fotos: AWEPA International

„Auf dem Weg nach Busan 2011“

Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit aus frauenrechtlicher Perspektive

Gastbeitrag von Silvia Kukla, CARE Österreich, und Brita Neuhold, Koordinatorin der WIDE Arbeitsgruppe „Beijing Follow Up, Globalisierung und Empowerment von Frauen“, als Repräsentantinnen für WIDE (Women in Development Europe) Netzwerk Österreich

Die Frauengruppe innerhalb der Better Aid Koordinationsgruppe, bestehend aus Women in Development Europe (WIDE), Association of Women's Rights in Development (AWID), African Women's Development and Communication Network (FEMNET), Asia Pacific Forum on Women, Law and Development (APWLD) und Coordinadora de la Mujer/Bolivia, lud am 9. und 10. Juni 2011 zu einem Treffen von internationalen ExpertInnen nach Brüssel. Dabei sollten im Vorfeld zum 4. High Level Forum in Busan 2011 zum Thema „Aid Effectiveness“ Empfehlungen zum Thema Integration von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit in die laufende Debatte über Wirksamkeit von EZA erarbeitet werden. Die Konsultation war Teil der Einbindung der Zivilgesellschaft in die Debatten rund um die Implementierung der Paris Declaration (PD) und der Accra Agenda for Action (AAA) sowie in die laufenden Vorbereitungsprozesse für die Konferenz in Busan, die vom 29. November bis 1. Dezember 2011 stattfinden wird. Insbesondere sollte dabei sichergestellt werden, dass die Erfahrungen und

Sichtweisen von Frauenrechtsorganisationen in den Vereinbarungen in Busan berücksichtigt werden.

Aufbauend auf den Ergebnissen aus dem International Strategy Meeting „On the road to Busan Towards the fourth High level Forum on Aid Effectiveness (HLF4)“ in New York, Februar 2011, erarbeiteten VertreterInnen von Frauenrechtsorganisationen und BefürworterInnen von Geschlechtergerechtigkeit konkrete Standpunkte die in die Konferenz in Busan einfließen sollen.

Über 60 TeilnehmerInnen aus aller Welt (Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa) entwickelten Schlüsselbotschaften und Empfehlungen, die von vielfältigen Organisationen und Netzwerken zur Bekräftigung ihrer Position verwendet werden können.

Neben VertreterInnen der Zivilgesellschaft fanden sich auch TeilnehmerInnen seitens der Donoren Gemeinschaft wie z.B. Nava San-Miguel als Vertreterin der spanischen Entwicklungszusammenarbeit, Patti O'Neill vom Gen-

dernet der OECD und Zora Khan von UN Women, die ihre Expertise und Erfahrungen mit Gendergerechtigkeit und Frauenrechten im Kontext von Aid Effectiveness mitteilten.

Insgesamt wurde immer wieder deutlich gemacht, was das Engagement von CSOs bewirken kann: Nahm nämlich innerhalb der Pariser Erklärung nur ein Paragraph auf Gender Equality Bezug, so war das Dokument von Accra bereits stark von dem Ringen um Frauenförderung und geschlechtsspezifische Gleichberechtigung geprägt.

In Form von Vorträgen und Plenardiskussionen wurde in erster Linie die Implementierung der Pariser Deklaration und der AAA reflektiert und aus kritischer Sicht beleuchtet, was seit 2005 hinsichtlich der Förderung von Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht bzw. verabsäumt wurde. Kritisiert wurde insbesondere die Konzentration des von der OECD gesteuerten Aid Effectiveness Konzepts auf technische Aspekte des Managements von Hilfeleistungen. Das Ziel der Veranstaltung lag darin, einen Beitrag zur Schaffung oder Stärkung eines Entwicklungsmodells beizutragen, das nicht auf einem neo-liberalen Wachstumsbegriff und einem patriarchal dominierten Gesellschaftsgefüge aufbaut, sondern an der Verwirklichung aller Formen von Menschenrechten und an der Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit orientiert ist.

Vor diesem Hintergrund wurden die Herausforderungen in Bezug auf die Veränderungen der Donoren Gemeinschaft, und hier insbesondere die Entwicklungen und der Einfluss seitens des privaten Sektors diskutiert. An der Wichtigkeit eines partizipativen Prozesses, der die Teilnahme der Zivilge-

Teilnehmerinnen der Konferenz

Foto: Silvia Kukla



sellschaft vor, während und auch nach Busan sichern soll, wurde kein Zweifel gelassen. Diskutiert wurden auch Strategien, wie Geschlechtergerechtigkeit in Entwicklungsprozessen auf internationaler und nationaler Ebene integriert werden kann.

Der Schwerpunkt lag schließlich auf der Erarbeitung von konkreten Positionierungen hinsichtlich Gendergerechtigkeit und Strategien, basierend auf den vier Pfeilern Democratic Ownership,

Mutual accountability, Human Rights based approach to development cooperation und Responding to new opportunities and challenges: new architecture emerging donors, private sector and reduced state. Je vier Arbeitsgruppen arbeiteten je einen halben Tag zu einem der Themen. In weiterer Folge wurde daraus ein Positionspapier mit Empfehlungen aus frauenrechtlicher Perspektive zur Verbesserung der Wirksamkeit von EZA entworfen und im Plenum weiter diskutiert.

Die endgültige Version des Positionspapiers wird in den nächsten Wochen von dem, während der Konsultation ernannten, Redaktionsteam fertiggestellt und ab dann als Lobbypaper für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft wird es als wichtige Grundlage zur Vertretung von Frauenrechten und dem Anliegen der Gleichberechtigung der Geschlechter am HLF4 in Busan – und danach – dienen.

Tätigkeitsbericht der Parlamentarischen Fraktion der MDM (Movimento Democrático de Moçambique)

für die III Sitzungsperiode der Nationalversammlung Mosambiks
(9. März bis 20. Mai 2011).

Beitrag von Lutero Simango, Vorsitzender der Fraktion

Der Beitrag wurde redaktionell gekürzt. Von der Redaktion verfasste Zusammenhänge sind durch Kursivsetzen gekennzeichnet.

Die Liste der zu behandelnden Materialien der III Sitzungsperiode enthält 11 Berichte der Ministerien und 19 Gesetzesanträge bzw. Anträge zur Gesetzesänderung.

Herkunft der Materialien:

- Jede Fraktion hat das Recht, 15 Tage vor Beginn jeder Plenarsitzung der Nationalversammlung eine parlamentarische Anfrage an die Regierung zu formulieren
- Jede Fraktion hat das Recht, sieben Tage vor dem Plenum an den /die jeweilige VertreterInnen der Regierung fünf Fragen zu formulieren, die dann beantwortet werden.
- Die vorgeschlagenen Gesetze sind zu meist Regierungsvorlagen
- Resolutionen oder Anträge dazu stammen von der Nationalversammlung

Von Seiten der MDM wurden 20 Positionspapiere eingebracht, davon wurden 13 angenommen, 5 abgelehnt und 2 vertagt. Die folgenden beiden MDM-Positionen stellen eine Auswahl zu bestimmten Themen dar.

- Komplementärgesetz zu Public Privat Partnerships, Projekte von großem Umfang und Unternehmenskonzessionen:
Die Fraktion wurde zu diesem Thema kostenlos von einer nationalen Organisation beraten. Im Rahmen des Wahlprogramms der Partei, das der mosambikanischen Bevölkerung im Oktober 2009 präsentiert wurde, wurde ein Positionspapier für den Ausschuss für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und wirtschaftliche Aktivitäten und Dienst-

leistungen erarbeitet, der für die Erstellung des entsprechenden Gutachtens verantwortlich ist. Den Kern des Positionspapiers stellte die Forderung der Fraktion nach der Aufnahme des folgenden Zusatzes in das Gesetz dar: „... die mosambikanische Regierung muss die Initiative ergreifen und jene unterzeichneten Verträge neu verhandeln, falls sich deren Geschäftsbedingungen sowie der makroökonomische, soziale oder politische Kontext als nachteilig für den Staatshaushalt erweisen.“

Dieser Punkt gilt als nicht verhandelbar. Obwohl die meisten Vorschläge der Fraktion angenommen wurden, wurde gegen die Aufnahme des Zusatzes im obigen Wortlaut gestimmt.

- Gesetz zur Revision des Staatsbudgets

Die Fraktion hat gegen das Gesetz zur Revision des Staatsbudgets gestimmt, im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

- Kürzung der Mittel für die produktiven Sektoren;
- Zuweisung von Mitteln für ein nicht existentes Kabinett des Ombudsmanns;
- Diskrepanzen bei der Verringerung der Ausgaben für diplomatische Missionen;

- Erhöhte Finanzierungen für Institutionen, die ausserhalb der Realwirtschaft stehen;
- Zunahme der Kosten für die Mitarbeiter des Staatspräsidenten;
- Der Vorschlag konterkariert jegliche Strategie der Haushaltsdisziplin.

Arbeitshindernisse

- Es bestehen weiterhin unzureichende Arbeitsbedingungen für die Fraktion. Lediglich am Ende der Sitzungsperiode wurden zwei neue PCs, ein Dru-

cker und zwei Fernseher angeliefert;

- Mangel an technischer Beratung;
- Das Informationsmanagement und dessen Handhabung sind an Loyalitäten gebunden;
- die Fraktion hat während einer normalen Debatte von 60 Minuten nur zwei Minuten Redezeit;
- die Fraktion hat während zwei aufeinanderfolgenden Debatten nur sieben Minuten Redezeit.



Hintergrund zur Entstehung des Movimento Democrático de Moçambique (MDM)

Die Partei MDM (Movimento Democrático de Moçambique) ist untrennbar mit der Person Daviz Simango verbunden.

Simango begann sein politisches Engagement im Jahr 1997 bei der Partei RENAMO (Resistência Nacional Moçambicana). Kurz vor den Kommunalwahlen 2008 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, eroberte jedoch erneut das Bürgermeisteramt in Beira, der zweitgrößten Stadt Mosambiks, als unabhängiger Kandidat. Nach diesem Erfolg konnte er mit großer Unterstützung für die Bildung einer neuen Partei rechnen, die als dritte Kraft neben RENAMO und FRELIMO (Frente da Libertação de Moçambique) gelten sollte.

Im Dezember 2008 gab es zwei Gruppen von unzufriedenen RENAMO-AnhängerInnen. Eine Gruppe war für die Beibehaltung der RENAMO mit Daviz Simango an der Parteispitze, die andere Gruppe plädierte dafür, eine neue Partei zu gründen. Letztere Idee setzte sich durch.

Im März 2009 wurde Simango zum Vorsitzenden der neu gegründeten Partei MDM gewählt, für die er als Präsidentschaftskandidat bei den nationalen Wahlen vom 28. Oktober 2009 ins Rennen ging und auf Anhieb 8,59% landesweit erringen konnte.

Die Wählerschaft der MDM setzt sich vor allem aus traditionellen RENAMO-Wählern der zentralen Provinz Sofala und Teilen der enttäuschten urbanen Bildungselite in Maputo zusammen. Das Potential der MDM entscheidet sich an ihrer Fähigkeit, bisherige Nichtwähler an sich zu binden. Innerhalb der laufenden Legislaturperiode hat sie die Chance, über kommunale Wahlen an Bedeutung zu gewinnen.

Die MDM Fraktion in der Nationalversammlung hat 8 Abgeordnete, unter ihnen eine Frau.

Literatur für den Sommer



Fabien Didier Yene

Bis an die Grenzen. Chronik einer Migration

Fabien Didier Yene ist einer von denen, die in Marokko immer wieder gegen den Grenzzaun anlaufen oder auf unzulänglichen Booten versuchen, Europa zu erreichen. In der dritten Person erzählt er von seiner Reise nach Europa, die mit dem Untergang seines Dorfes in Kamerun beginnt und in Marokko (hier setzt er sich im Rahmen verschiedener Menschenrechtsorganisationen für die Rechte von MigrantInnen ein) zu einem vorläufigen Stillstand kommt. Dazwischen liegen Tschad, Nigeria, Niger, Libyen, Algerien und vor allem jene Erfahrungen unbeschreiblicher Brutalitäten von Exekutivorganen, Erpressungen durch Schlepper und windige Geschäftsleute, die ständige Angst, entdeckt oder ausgeraubt zu werden, das sukzessive Abhandenkommen aller Illusionen ...



Gérard Choplin/Alexandra Strickner/Aurélie Trouvé (Hg.)

Ernährungssouveränität. Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa.

Im Zentrum des Buchs steht das Konzept der Ernährungssouveränität, das eine Alternative zur derzeitigen Agrarpolitik der EU darstellt. Dieser Ansatz orientiert sich an einem ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem, das von einer bäuerlichen Landwirtschaft getragen wird, gesunde Lebensmittel für alle erzeugt und den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, ein gerechtes Einkommen durch den Verkauf ihrer Produkte sichert. Die fortschreitende Industrialisierung und Überproduktion in Europa zerstört die Landwirtschaft des globalen Südens. Deshalb bezweifeln viele Menschen die Sinnhaftigkeit einer solchen Agrarpolitik, die noch dazu den Großteil der öffentlichen Gelder einstreicht. - Die AutorInnen stellen eine zivilgesellschaftliche Alternative für eine zukünftige gemeinsame europäische Agrar- und Lebensmittelpolitik vor.



Al Imfeld

Elefanten in der Sahara: Agrar-Geschichten aus Afrika

Rund 50 Momentaufnahmen aus der Geschichte der Landwirtschaft in Afrika: Elefanten und Giraffen bevölkerten vor 12000 Jahren die Regionen der Sahara. Das ist die Erklärung für die berühmten Felszeichnungen in der heutigen Wüstengegend. Das Land war damals nicht ausgetrocknet, sondern fruchtbar. Das ist eine der Geschichten, die der Journalist, Agrarsoziologe, Entwicklungsexperte und Priester Al Imfeld in diesem Buch präsentiert. Es versammelt Momentaufnahmen aus der 50000 Jahre zurückreichenden Agrargeschichte Afrikas, des »dunklen« oder »prähistorischen« Kontinents, dem lange Zeit kein Fortschritt und keine eigene Geschichte zugestanden wurde.



Adaobi Tricia Nwaubani

Die meerblauen Schuhe meines Onkels Cash Daddy

Kingsley, der Erstgeborene, darf bei Tisch darauf warten, dass das Essen serviert wird, in seiner dünnen Egusi-Suppe schwimmt ein Stück Fleisch, sein Universitätsabschluss wird mit einer Party gefeiert. Doch die Zeiten in Nigeria sind schlecht, er findet keine Arbeit, und der Brautpreis für Ola – seine süße, wunderbare Ola, der Zucker in seinem Tee – ist viel zu hoch. Bildung mag in Nigeria für ein gewisses Ansehen sorgen, doch ohne Geld und ein „Langbein“ geht nichts. Cash-Daddy, ein opulenter king-of-town-Typ, nimmt den Neffen unter seine Fittiche. Fasziniert von dem reichen, großspurigen Onkel, lernt Kingsley die Spielregeln des Überlebens ... – In ihrem mit Witz und Wärme geschriebenen Roman klärt die Autorin auch auf, wie das Geldmachen mit E-Mails („Ich habe 18 Millionen Dollars, verspreche Ihnen 20 % davon, wenn Sie ...“ – „Wer kennt diese Angebote nicht?“) funktioniert.

FAIRTRADE® Frühstück und Ausstellung im Parlament

Am 18. Mai 2011 begrüßte NR-Präsidentin Prammer die Abgeordneten im Vorfeld der Plenarsitzung zu einem mittlerweile zur Tradition gewordenen Anlass – dem „fairen“ Frühstück im Parlament. FAIRTRADE® Österreich und deren Lizenzpartner stellten dabei ihre vielfältige Produktpalette vor und luden zur Verkostung fair gehandelter Nahrungs- und Genussmittel, die in den Ländern des Südens unter sozial gerechten Bedingungen hergestellt werden. Neben FAIRTRADE® Österreich präsentierten sich die Handelskette Spar, der Weltladen, die Südwind Buchwelt, Pfanner Fruchtsäfte, Meinel Kaffee und die Bäckerei Ströck im Rahmen der von der AWEPA Sektion Österreich und dem Parlamentarischen Nord-Süd Dialog organisierten Veranstaltung.

Präsidentin Prammer zeigte sich erfreut darüber, dass die Ausstellung immer größer wird und dass dieses Mal auch gezeigt wurde, dass keine Spezialgeschäfte aufgesucht werden müssen, um faire Produkte zu erwerben, sondern dass diese auch im üblichen Handel erhältlich sind. Dadurch zeigt der Handel Sensibilität für die faire Produktion und die KonsumentInnen können durch ihre Kaufentscheidung einfach aber bestimmt FAIRTRADE® unterstützen und somit auch selbst Politik machen. Weltweit faire Produktion und Handel

sei eben nicht nur eine Angelegenheit der NGOs und der Politik, sondern auch und gerade der Wirtschaft. Die Ausstellung soll darauf aufmerksam machen, dass wir die Verantwortung tragen.

Der II. NR-Präsident Fritz Neugebauer unterstrich in seinen eröffnenden Worten, dass der faire Handel nicht die Aktivität von einigen wenigen ist, sondern dass auch renommierte Unternehmen den fairen Handel unterstützen. Dies zeigt die gesellschaftliche Relevanz von FAIRTRADE® und stellt eine Wertschätzung der Produzenten in den Entwicklungsländern dar. Durch FAIRTRADE® entsteht eine Solidarität, die zur Demokratisierung der Weltwirtschaft beiträgt.

Peter Pfanner von Pfanner Fruchtsäften betonte, dass FAIRTRADE ein gutes Beispiel für eine soziale und solidarische Marktwirtschaft ist. Pfanner ist mittlerweile seit 10 Jahren bei FAIRTRADE, denn es ist dem Unternehmen ein Anliegen, die Familien und BauerInnen in Lateinamerika zu unterstützen und durch faire Preise Arbeitsplätze und Existenzen zu sichern.

Alois Huber von Spar Wien, Niederösterreich und Nördliches Burgenland stellte das Ausbildungsprogramm des

Unternehmens vor, bei dem bereits die Lehrlinge mit den Prinzipien des fairen Handels vertraut gemacht werden. Dies sei einen Anreiz für junge Menschen, der bei Spar fix verankert ist. Damit FAIRTRADE® keine Nische bleibt, muss man die MitarbeiterInnen schon früh damit vertraut machen.

Der langjährige Vorstandsvorsitzende von FAIRTRADE® Österreich Helmut Schüller dankte dem Parlament für die Möglichkeit, FAIRTRADE im öffentlichen Bereich zu präsentieren und wies darauf hin, dass FAIRTRADE® keine Art von Mildtätigkeit oder Spende ist, sondern wirtschaftliche Gerechtigkeit repräsentiert. Die Zusammenarbeit mit den großen Partnern im Handel bezeichnete Schüller abschließend als eine willkommene und hoffnungsfrohe Entwicklung, die faire Produkte einem breiten Publikum zugänglich macht.





Eröffnung der Ausstellung durch NR-Präsidentin Barbara Prammer und den II. NR-Präsidenten Fritz Neugebauer.



Peter Pfanner im Gespräch mit NR-Präsidentin Barbara Prammer



Helmut Schüller inmitten der Spar FAIRTRADE®-Lehrlinge

Umsatz von FAIRTRADE® Produkten – FAIRTRADE wuchs 2010 um 21 Prozent

Der geschätzte Umsatz mit FAIRTRADE-Produkten wächst seit Jahren kontinuierlich. In Österreich haben im vergangenen Jahr 2010 sowohl die hohe Qualität der FAIRTRADE-Produkte als auch der anhaltende Trend zu ethischem und ökologischem Konsum dafür gesorgt, dass der geschätzte Gesamtumsatz mit fair gehandelten Produkten im österreichischen Handel um 21% auf 87 Millionen EUR angestiegen ist. Wachstumstreiber waren vor allem Kaffee (+20%), Fruchtsaft (+21%), sowie Blumen (+99%).

Das bestehende FAIRTRADE-Sortiment in Österreich umfasst mehr als 600 Produkte, rund 75% davon tragen auch ein Bio-Siegel. Von diesem Erfolg profitieren insbesondere die mehr als 830 zertifizierten Produzentenorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika, die allein über den österreichischen Markt über 19 Millionen USD (+23,3% im Vorjahresvergleich) an Direkteinnahmen erhalten haben. Die FAIRTRADE-Gelder werden hauptsächlich dazu genutzt, die medizinische Versorgung, Bildung und soziale Einrichtungen zu verbessern, um eine nachhaltige Entwicklung vor Ort zu unterstützen.

Quelle: FAIRTRADE Homepage: <http://www.fairtrade.at/produkte/absatzzahlen.html>



Fotos: Joe Haider

„Landwirtschaft und Ernährungssicherheit – Wege zu einer kohärenten Politikstrategie“ Diskussionsveranstaltung im Parlament



Am 28. Juni 2011 lud die AWEPA Sektion des österreichischen Parlaments zu einer hochrangigen Diskussionsveranstaltung. Luxemburgs Botschafter bei der WTO, Jean Feyder, Jean-Louis Chomel von der Europäischen Kommission, Getrude Klaffenböck von FIAN Österreich sowie österreichische (EU)-Abgeordnete diskutierten an einem runden Tisch mit ExpertInnen aus Ministerien, Wissenschaft, NGOs und Zivilgesellschaft über Notwendigkeit und Möglichkeiten einer kohärenten EU-Politik, um die Ernährungssicherheit in den Ländern des Südens zu gewährleisten.

Die Inhalte und Ergebnisse der Veranstaltung werden in einem FACTSHEET zusammengefasst, das im September erscheint. / Foto: HBF/Hartl

ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

GEWALT UND KONFLIKTE SIND GROSSE HINDERNISSE AUF DEM WEG ZUR ERREICHUNG DER MDGs

Der aktuelle Weltentwicklungsbericht 2011 der Weltbank (wdr2011.worldbank.org) beschäftigt sich mit dem Thema Konflikt, Sicherheit und Entwicklung und unterstreicht die negativen Folgen von wiederholten Zyklen von Gewalt in einem Land oder einer Region für dessen/deren Entwicklung. Mehr als 1,5 Milliarden Menschen leben in von Gewalt betroffenen Ländern. Diese Gewalt zu verhindern und friedliche, demokratische Strukturen aufzubauen muss Ziel nicht nur nationaler sondern auch internationaler Anstrengungen sein.

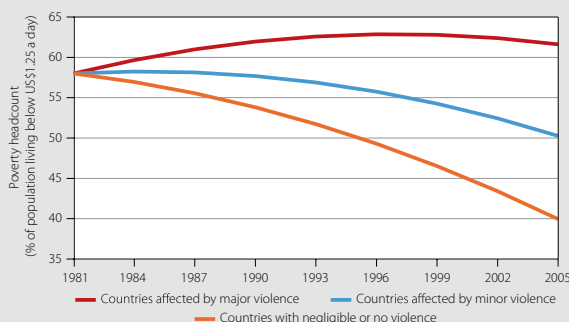


Abb. Immer größer werdende Armutslücke zwischen Ländern, die von Gewalt betroffen sind und friedlichen Ländern.

Von Gewalt betroffenen Ländern sind nur langsam in der Lage, Armut zu reduzieren. In einigen betroffenen Ländern ist die Armut de facto gestiegen.

DIE AUSWIRKUNGEN VON GEWALTSAMEN KONFLIKTEN TREFFEN FRAUEN IN BESONDERER HINSICHT:

DIREKTE AUSWIRKUNGEN	INDIREKTE AUSWIRKUNGEN
Höhere Wahrscheinlichkeit der internen Vertreibung und Flucht; sexuelle Gewalt, Vergewaltigung, Menschenhandel, Prostitution, ungewollte Schwangerschaften und Verheiratungen	Gesundheitliche Probleme bei der Fortpflanzung; Beeinträchtigung der Rolle als Mutter; Verhinderung an der Teilnahme am regulären Arbeitsmarkt sowie erhöhte Verantwortung in der Heimarbeit wegen Tod von Familienmitgliedern; Erhöhung der häuslichen Gewalt; teils verbesserte Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Teilnahme durch eine Veränderung der Gender-Rolle während des Konflikts

Quelle: World Development Report, Weltbank

www.nordsued-dialog.org

Besuchen Sie unsere Website!
Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch **Österreichische Entwicklungszusammenarbeit**



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)
Hollergasse 2-6 | 1150 Wien | Österreich | HG Wien: FN 294642 y
DVR-Nr. 3006115 | Tel: +43 (0) 1 89 145-343
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Inge Jäger, Michael Fink
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (August 2010 bis Juli 2013) insgesamt 12 Mal herausgegeben.

